

Danziger Zeitung.

No 16566.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Rethenbager gasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

Der Nothstand der Landwirtschaft und die Presse.

Vor einiger Zeit beklagte sich einmal ein bekannter Landwirth unserer Provinz in dieser Zeitung darüber, daß in liberalen Zeitungen bisweilen ohne die nöthige Sachkunde und Objectivität über landwirthschaftliche Ansprüche geurtheilt worden sei, und er führte einige Stellen aus Berliner Zeitungen zum Beweise dafür an, daß in denselben sich eine beinahe feindliche Voreingenommenheit gegen solche landwirthschaftliche Ansprüche zeige. Es ist nicht unsere Sache, jene speciell angeführten Stellen aus Berliner Zeitungen zu vertheidigen, wir wollen auch nicht darauf hinweisen, daß die Art und Weise, wie die Organe der Agrarier kämpfen, wie sie insbesondere die liberale Presse als im Schlepptau und im Solde des Geldsacks und der Börse befindlich darstellen; daß die maßlosen Forderungen der Agrarier selbst, von denen wir allerdings nicht behaupten können, daß sie aus „nicht unberechtigten Beschwerdenpunkten erwachsen sind“, die Haltung der erwähnten Berliner Zeitungen erklärlich machen und oft geradezu provociren. Wir sind vielmehr der Meinung, daß auch derjenige Theil der liberalen Presse, der das aufrichtigste und lebhafteste Interesse an einer geordneten Entwicklung unseres großen und bedeutenden landwirthschaftlichen Gewerbes nimmt, bei vielen Landwirthen heute vor dem Verdacht einer feindlichen Voreingenommenheit nicht sicher ist. Man verargt es auch uns vielfach, daß wir nicht im Stande gewesen sind, von den Ueberzeugungen, die uns mit dem größten Theil der Landwirthe früher gemeinsam waren, abzugehen und die Segnungen der neuen Wirtschaftspolitik anzuerkennen.

Und doch müßte man heute schon, nachdem diese Politik fast 8 Jahre Zeit gehabt, ihre Wirkungen zu äußern, wenigstens das wissen, daß die Verprechungen, welche die „wahren Freunde“ der Landwirtschaft gemacht, und die Hoffnungen, welche sie erregt haben, nicht in Erfüllung gegangen sind. Wenn ein so eifriger Verfechter der neuen Wirtschaftspolitik, wie der Vorsitzende des westpreussischen landwirthschaftlichen Centralvereins, Herr von Bantamer-Blaich, sich vor kurzem in den „Danz. Mittheilungen“ zu dem Geständnis veranlaßt sah, daß unsere Oligarchen „bei der Schutzpolitik der letzten 7—8 Jahre den Bäueren gezogen haben“, so ist das ein vollgültiges Zeugnis dafür, daß alle bisherigen „Mittel zur Verbesserung der Lage der Landwirthe“ sich als wirkungslos erwiesen haben. Derselben Meinung begegnen wir auch unlängst in dem Parteiorgan der nationalliberalen Partei.

Der Herr Verfasser des oben erwähnten Artikels in unserer Zeitung warnte die liberale Presse davor, daß sie nicht auf Alles loszuschlagen möchte, was einer Vertretung landwirthschaftlicher Interessen ähnlich sieht. Wir stimmen durchaus bei. Ist denn aber eine begründete Veranlassung zu einer solchen Warnung vorhanden? Daß in der liberalen politischen Presse mitunter schiefe Auffassungen über manche landwirthschaftlichen Fragen vorkommen, ist immer noch begreiflicher, als die erstaunliche Sicherheit, mit welcher in der agrarischen Presse und in Versammlungen der Bauern- und landwirthschaftlichen Vereine eine der schwierigsten Fragen — über die Wirkungen der Geldwährung — behandelt wird. Wenn wir noch mehr Beispiele anführen wollten, wir würden nicht verlegen sein.

In demselben Artikel wurde auch getadelt, daß die liberale Presse den Nothstand der Landwirtschaft immer noch nicht in dem Maße gebe, wie sie es thun müßte, und daß sie vielmehr prüfen müsse, „ob nicht die gesammte Landwirtschaft Anlaß

zur Klage hat und ob nicht der Gesammtheit auf gesetzgeberischem Wege geholfen werden kann, ohne Schädigung der anderen Klassen.“

Der Herr Verfasser hat Recht darin, daß eine solche Prüfung nicht nur der Presse, sondern aller Theilnehmenden ist. Eine solche Prüfung wird auch unausgesetzt vorgenommen. Sie hat aber zunächst schon jetzt ergeben, daß die Schilderungen „von dem Nothstand der ganzen deutschen Landwirtschaft“ übertrieben sind. Niemand bestreitet, daß viele einzelne Landwirthe in einer sehr üblen Lage, ja in Noth sind — ebenso wie es Niemand bestreitet kann, daß z. B. unser Danziger Handel und unsere Schiffahrt sich ebenfalls in einer sehr üblen Lage befinden — aber die Enqueten, welche in Baden, Hessen, Württemberg veranstaltet sind, haben ergeben, daß dort ein allgemeiner Nothstand unter den Landwirthen nicht herrscht. Der württembergische Bericht constatirt sogar am Schluß Folgendes: „Die Untersuchung hat ergeben, daß in den Erhebungsgemeinden die wirtschaftliche Lage der bäuerlichen Bevölkerung im Allgemeinen eine nicht unbefriedigende und zur Zeit daselbst in keiner Beziehung ein Nothstand vorhanden ist, daß dagegen in verschiedenen einzelnen Beziehungen die Anbahnung von Verbesserungen sehr wohlthätig wirken würde.“

Es würde nicht schwer sein, noch mehr ähnliche Beispiele anzuführen, ja wir könnten auch aus unserer Provinz Beläge dafür beibringen, daß selbst unter den heutigen schwierigen Verhältnissen Landwirthe zufriedenstellende Erträge erzielen. Durch übertriebene Schilderungen von Noth hilft man der Landwirtschaft nicht, im Gegentheil man schadet ihr. Die Frage einer noch auch von den Landwirthen anerkannten Autorität, des Hrn. Geh. Rath Dr. Settegast ist immer noch unbeantwortet:

„wo es eine Gegend, einen Ort, ja auch nur eine Einzelwirtschaft gebe, die dem Schicksal des Niedergangs oder Zusammenbruchs der Deconomie anheim fallen müßte, obwohl der Grund und Boden nicht zu theuer erkauf oder erpachtet, ein hinlängliches Betriebskapital vorhanden, die Deconomie mit Intelligenz, Umsicht, Ordnung und Fleiß geführt und die Lebenshaltung des Wirths nicht über seine Verhältnisse hinausgegangen sei; auch der vererbte Pessimismus habe bisher die Regel nicht umstoßen können, daß landwirthschaftliche Unternehmungen vom Mißlingen nicht bedroht sind, wenn ihnen obige Bedingungen festen Bestandes zu flachen kommen, d. h. wenn sie Bedingungen erfüllen, welche das heutige Gewerbsleben zum Gelingen einer Unternehmung als selbstverständlich erachtet.“

Auf der Dresdenener Generalversammlung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft sagte ein sehr tüchtiger heffischer Landwirth, Herr Stodmayer: „Ich bin alt genug, um Zeiten erlebt zu haben, die ebenso schlimm waren. Jährliche Ausdauer, Fleiß und Sparsamkeit haben uns über dieselben hinweggeholfen. Nur der ist verloren, der an seiner eigenen Kraft verzweifelt und fleißig nach fremder Hilfe ausschaut.“ Gewiß hat unsere Landwirtschaft früher schon ebenso schlimme, und schlimmere Tage glücklich überwunden. Man lese nur die Berichte über den Nothstand, welcher in den zwanzig Jahren in unserer Provinz, namentlich bei unserem großen Grundbesitz herrschte. Man denke nur an die Umwälzungen in der Gegend (die Umwandlung der Frohnarbeit in Lohnarbeit), an die ungeheuren Kriegskosten für den Staat, an die Verwüstungen in den napoleonischen Kriegen durch unsere Feinde und unsere „guten Freunde“, die Russen! Das brachte uns neulich bei der Lectüre eines historischen Wertes lebhaft ein Briefwechsel, der dort abgedruckt stand,

„Das will ich; ich kann aber nicht begreifen, woher Sie das wissen.“

„Fragen Sie nicht darnach. Wie soll ich das nur in Worte fassen, was ich Ihnen zu eröffnen habe! Ich bin hier in der Hoffnung, Sie zu einem nochmaligen reiflichen Ueberlegen Ihres Entschlusses bewegen zu können.“

Lord Roth erhob sich. „Meine Dame“, sagte er, „ich kann weder diesen Entschluß noch meine sonstigen Privatangelegenheiten mit einer Fremden besprechen.“

„Und doch werden Sie gleich auf mich hören, sobald Sie wissen, wer ich bin. Ich erlaube erst gestern diese Ihre Absicht, sonst wäre ich viel früher gekommen.“

„Ich weiß noch immer nicht —“

„Sie sollen es gleich erfahren. Man sagte mir, daß Sie ... daß Ihr ... wie nennt man es doch gleich ... daß Ihr Gut Ihnen und Ihrer Familie unveräußerlich gehört.“

„Gewiß, so ist es.“

„So daß Ihr Sohn, wenn er Ihnen folgt, also auch lebenslänglicher Besitzer desselben ist.“

„Ja.“

„Wenn Sie also mit Ihrem Sohne übereinkommen, es zu verkaufen, so verkaufen Sie das Eigenthum Ihrer Enkel?“

„Wenn Sie es so zurechtlegen, allerdings. Aber ich besitze keine Enkel.“

Emilie hatte den Knaben an der Hand gehalten; er stand mit dem Rücken nach dem Fenster, so daß sein Gesicht im Schatten war. Sie drehte ihn jetzt um und schob ihn sanft seinem Großvater entgegen.

„Erkennen Sie eine Aehnlichkeit zwischen diesem Kinde und einem Gliede Ihrer Familie?“ fragte sie.

Sie hatte es in einem Briefe an Guido gerühmt, daß der Knabe ihm nicht ähnlich sei. Das verbieth sich nur zum Theil so; äußerlich war der Knabe das genaue Ebenbild seines Vaters in demselben Alter.

„Es ist Guido selbst!“ rief Lord Roth; „dieses Kind sieht ganz aus wie Guido, als er sechs Jahre alt war. Was bedeutet das?“

„Es bedeutet, daß Sie einen Enkel haben; ich bin die Frau Ihres Sohnes.“

vor die Seele. Am 13. Januar 1824 schrieb ein bekannter Danziger Patriot und vertrauter Freund Gneisenau's, Alexander Gibsone, an Gneisenau:

„Es betrübte mich in der That, daß Sie auch den Drang der bösen Zeit empfinden. Gebe der Himmel, daß diese sich bald bessere, auch Ihnen wegen. Hier leiden alle Menschen darunter im hohen Grade, die Gutsbesitzer wohl noch mehr als in Schlesien; die Kaufleute mehrtheils aufs Schmerzlichste. Man kann sagen, daß Alle zu Grunde gehen. Wer sich noch erhält, fristet nur noch die finanzielle Existenz, denn wenn die Zeiten sich nicht ändern, so kommen Alle an die Reihe. Die meisten Gutsbesitzer und Kaufleute sind bankrott oder nah daran. Das ist eine Folge der allgemeinen Beschränkungen des Verkehrs und der großen Staatsausgaben. Allein man kann sich einigermaßen helfen, wenn man sich nur gehörig einschränkt. Bedenken wir nur, wie viel weniger unsere Vorfahren vor hundert Jahren ausgaben, und versehen wir uns nur in die Zeiten zurück, — es würde schon geben. Wir haben aber gegenwärtig zu viele und kostspielige Bedürfnisse, und können uns nicht gut davon losmachen. Wir sollten aus freiem Willen thun, was die Noth uns hindert. Ich halte mir manches Kapitel hierüber und schränke mich auch ein, allein es bleibt noch viel darin zu thun übrig. Nicht, als wenn mich die Noth gerade so sehr drückt, allein wenn ich mir die Möglichkeit denke, daß es mir auch so gehen könnte, wie so vielen Anderen um mich: so sage ich mir oft — sei sparsam bei Zeiten, und um wenigstens Andern besser helfen zu können.“

Der berühmte Gneisenau, dem es als Gutsbesitzer eine Zeit lang recht schlecht ging, wußte, daß nicht durch Staatshilfe, sondern nur durch eigene Kraft und eigenes Thun ihm zu helfen war. Am 3. October 1826 konnte er schreiben:

„Um von mir selbst zu reden, so gab es eine Zeit, wo ich ganz schuldenfrei war; für einen Gutsbesitzer eine seltene, fast einzige Lage, und durch den Lauf der Zeit bin ich sehr in Schulden gerathen. Ich schränkte aber später meinen Haushalt ein, sah nur wenige Gäste bei mir, und bin dadurch so weit gekommen, daß ich sorglos meine Freunde und näheren Bekannten bei mir leben kann; auch hat sich unser Landwirth ein Schimmer von Hoffnung jetzt aufgethan, von dem es zu wünschen ist, daß er sich bald verwirklichen möge.“

Man thue desgleichen, wie Gibsone der Kaufmann und Gneisenau der Landwirth. Auch heute ist für Landwirthe, die der eigenen Kraft vertrauen, die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht geschwunden. Wer von dem Staat Hilfe erwartet, täuscht sich selbst. Was könnte dieser auch thun? Diese Frage müssen wir sehr reiflich prüfen.

Prinz Ferdinand von Coburg

hat dem Wiener Correspondenten der „Times“ eine Unterredung gewährt, welcher wir folgende Sätze entnehmen. Nachdem der Prinz über die feindliche Haltung der russischen Presse gellacht und gegenwärtig seine Ansicht ausgesprochen hatte, Bulgarien im Falle seiner Erwählung ausland wieder zu nähern, kam er auf die Antwort zu sprechen, welche er der bulgarischen Deputation ertheilt hatte.

„Ich bin darauf vorbereitet“, sagte der Prinz, „daß meine Antwort in Bulgarien nicht befriedigt hat. Aber diese Unzufriedenheit kommt daher, weil man sich feldame Hoffnungen gemacht hatte, ohne dazu berechtigt zu sein. Ich habe Herrn Stollow und Anderen gleich am Anfang gesagt, daß ich nicht die Rolle eines revolutionären Präsidenten übernehmen wolle. Mein Name, die Traditionen meiner Familie und meine eigenen persönlichen Ueberzeugungen nöthigen mich, mich auf den Boden der

Prinzipien der Ordnung und der Achtung der Verträge zu stellen. Ich habe nicht nach der bulgarischen Krone gestrebt. Sie ist mir angetragen worden mit der Versicherung, daß ich viel Gutes in dem Lande thun könnte. Die Mission ist eine edle und reizte mich. Ich habe sie angenommen und versprochen, mein Leben der Erfüllung dieser Aufgabe zu widmen, aber unter der klar ausgesprochenen Bedingung, daß ich nur nach Bulgarien gehen würde auf Grund einer Autorität, welche nicht bestritten werden könnte. Nachdem ich erwählt worden bin, werde ich jetzt mein Bestes thun, die Anerkennung der Großmächte zu erlangen. Es ist möglich, daß ich nach St. Petersburg reise, aber es ist noch nicht gewiß. Wessen Europa sich versichert halten kann, ist, daß ich niemals etwas thun werde, was Bulgarien Rußland noch mehr entfremden und die bulgarischen Parteien noch vergrößern könnte.“

Am Schluß der Unterredung bemerkte Prinz Ferdinand, daß er selbstamerweise kein Glückwunsch-Telegramm zu seiner Erwählung vom Fürsten Alexander, mit dem er gut befreundet sei, aus Darmstadt empfangen habe. „Bleibt dem Fürsten Alexander wirklich die Wohlfahrt Bulgariens am Herzen“, so äußerte er sich, „so sollte er seine Absichten in nicht mißverständlicher Weise antworten und dadurch seinen Nachfolger bei der Aufgabe, welche er selbst nicht übernehmen kann oder will, unterstützen.“

Anders lautet die Nachricht, welche der „Post. Ztg.“ aus Wien vom 19. d. gemeldet wird: Nach authentischen Mittheilungen des „N. B. Tagebl.“ wird der Prinz von Coburg den bulgarischen Thron wahrscheinlich gar nicht annehmen. Der Prinz setzt dem Drängen der Deputation, ihr sofort nach Tirnawa zu folgen, Widerstand entgegen. Tontschew erbat und erhielt aus Tirnawa Instructionen von der Regentenschaft, worauf er dem Prinzen folgenden Vorschlag machte: der Prinz solle unverzüglich nach Tirnawa gehen, um vor der Sobranje den Eid auf die Unantastbarkeit der Constitution zu leisten, dann die Sobranje auflösen, das derzeitige Cabinet entlassen, ein neues berufen und darnach erst die Rundreise zu den europäischen Mächten antreten. Damit wäre den Forderungen Rußlands entgegengekommen. Ferner erklärten sich die Bulgaren bereit, ein russenfreundliches Ministerium anzunehmen, welches die Beziehungen zu Rußland bessern und Concessionen vorschlagen sollte. Der Prinz weigerte sich, diese Vorschläge anzunehmen, und bat von einem Tage zum anderen um Bedenkzeit, wobei er sich auf die hallofen inneren Zustände in Bulgarien, insbesondere auf die Stimmung der Armee berief. Der Prinz erfährt nämlich, daß Oberst Nikolajew ein Proclamation zu Gunsten des Battenbergers vorbereitet und daß sein Plan nur in Folge des Rathes seines Adjutanten scheiterte. Deshalb berief der Prinz am Sonntag die Majore Winarow und Markow nach Ebenhal, um die Stimmung der Armee zu erforschen. Beide erklärten, die Armee unterwerfe sich der Disciplin, wenngleich sie treu an Battenberger hänge, worauf der Prinz deprimirt meinte, aber im Herzen bleibe die Armee battenbergisch. Tontschew und Stranzky setzten ihre Bemühungen fort, den Prinzen zur Reize nach Bulgarien zu bewegen, und die Deputation verlängerte deshalb ihren hiesigen Aufenthalt, aber der Coburger will neustens vierzehn Tage Bedenkzeit, weil er momentan keine definitive Antwort geben könne. Tontschew meinte heute: Ich habe zu hoffen aufgehört. Die Deputation war über den Wandelmut des Prinzen tief verstimmt, so daß seine Situation schon heute unmöglich geworden ist.

keine Ursache, sich seiner Mutter zu schämen, wenn es sich nicht darüber schämt, daß sie eine Schauspielerin ist.“

„Wohl gesprochen“, erwiderte er.

Dann klingelte er und ließ Fräulein Mathilde bitten, zu ihm zu kommen.

„Mathilde“, sprach er einfach, als sie eintrat, „diese junge Dame theilt mir mit, daß sie — die Frau Deines Bruders ist, — wie ich wenig zweifle —“

„Wir wollen wenigstens zuerst die Beweise abwarten“, versetzte Mathilde.

„Ja, wir wollen erst die Beweise abwarten“, wiederholte Emilie. Sie war sanft und bescheiden dem alten Herrn gegenüber; aber vor der Dame, die mit kaltem Mißtrauen auf sie herabblitzte, wurde sie selber kalt und mißtrauisch. Sie zog das Kind auf ihren Schoß. „Ich will Ihnen beweisen, Fräulein Roth, daß ich Ihre Schwägerin bin.“

„Wollen Sie dann nicht auch Ihre Beweise an der geeigneten Stelle anbringen, bei unseren Advocaten?“ fragte Mathilde.

„Nein, das will ich nicht. Ich will hier warten, bis mein Mann kommt und selbst die Wahrheit meiner Behauptung bezeugt. Sie werden begreifen, Mylord, daß ich nur hier bin, um die Rechte meines Sohnes zu verteidigen. Ihr Neffe, — sie wandte sich mit einer ungewohnten Schärfe im Wesen an Mathilde, — könnte sonst Schauspieler werden, und ich glaube, daß noch keiner seiner Vorfahren diese Beschäftigung ergriffen hat.“

Mathilde seufzte; sie zweifelte nur zu wenig an der Wahrheit dieser Geschichte. Eine thörichte Heirath war nur eine neue Episode in Guido's Leben, eine nur zu natürliche Episode.

Sie saßen einige Minuten schweigend da; dann begann Lord Roth langsam:

„Wenn es so ist, wie Sie sagen, so will ich die Rechte des Knaben auf Kosten seines Vaters anerkennen.“

Emilie erwiderte nichts, und so trat aufs neue Schweigen ein.

Es schlug zwölf Uhr, und pünktlich erschien der Advocat mit den Papieren unter dem Arme, hinter ihm Guido.

Er fluchte, als er Emilens ansichtig wurde.

Die Palmeninsel.

Nachdruck verboten.

Novelle von Deiant und Rice.

(Fortsetzung.)

Am zwölf Uhr sollten die Documente unterzeichnet werden. Guido wurde angewiesen, sich um diese Zeit im Arbeitszimmer einzufinden; ferner wurde ihm mitgetheilt, daß sein Vater sich weitgere, mit ihm zu reden, daß er sich gleich nach dem Verhör zu entfernen habe, und daß er nachher beim nachrichtigt werden würde, welche Versorgung ihm gesichert worden sei, wenn überhaupt so viel bleibe. Diese letzte Klausel war sehr unangenehm, da die Erben großer Namen nicht gewöhnt sind, auch nur die Möglichkeit in's Auge zu fassen, als könnte es ihnen je an dem Korn und Wein, der Brod, dem Del und dem Honig fehlen, die zum täglichen Gedeihen gehören. „Wenn überhaupt!“ — Das konnte natürlich nur eine schöne Redewendung sein.

Es war etwas nach elf Uhr, als Emilie den Lord Roth zu sehen verlangte. Sie wollte ihren Namen nicht nennen, ließ ihm aber sagen, daß sie in einer Angelegenheit von der äußersten Wichtigkeit komme und ihn sogleich zu sprechen wünsche. Sie wurde in sein Arbeitszimmer geführt und überlegte, während sie ihn erwartete, wie ihre Mittheilung wohl aufgenommen werden würde.

Lord Roth erschien gleich darauf. Er war nicht ganz so, wie Emilie sich ihn vorgestellt hatte, ein feuriger, stolzer Mann, in dessen Miene schon zu lesen war, daß er auf allen seinen Rechten bestand; er schien im Gegentheil ein ganz milder und freundlicher alter Herr zu sein, der sich höflich verbeugte, sich entschuldigte, daß er sie habe warten lassen, und sie fragte, was sie ihm mittheilen habe, indem er hinzusetzte, daß er augenblicklich sehr beschäftigt sei und sie bitten müsse, gleich zur Sache zu kommen.

„Gibt das, was Sie augenblicklich beschäftigt, mit Ihrem Sohne zusammen?“ fragte Emilie.

„Das ist allerdings der Fall.“

„Nicht wahr, Sie wollen eben ein Document unterschreiben, durch das Sie auf alle Ihre Güter verzichten, um die Schulden Ihres Sohnes zu bezahlen?“

Deutschland.

* Aus Bad Gastein, vom 19. Juli, meldet das „N. N.“: Der Kaiser ist heute Abend 7½ Uhr bei bestem Wohlbefinden hier eingetroffen. Officieller Empfang war vorbereitet worden und nur der Statthalter Graf Thun, der Bürgermeister Straubinger und der Pfarrer des Ortes waren zur Begrüßung anwesend. Vor dem Badeschloß hatte sich ein äußerst zahlreiches Publikum versammelt, welches dem Kaiser mit enthusiastischen Zurufen empfing. Der Kaiser erschien später wiederholt am Fenster des Schloßes. Der Kurort ist festlich geschmückt.

* Berlin, 19. Juli. [Ein wichtiges conservatives Eingeständnis.] Das große Volk ist endlich gelungen — so verkündet der „Deutsche Landbote“, das in Berlin für die „Bauern“ gegründete, wöchentlich erscheinende Organ des deutschen Bauernbundes — das große Volk, wodurch dem Reiche eine Mehreinnahme von über 100 Millionen Mark jährlich gesichert wird, ohne doch auf den Einzelnen einen spürbaren Druck auszuüben. „Allerdings — so sagt der Landbote weiter — würden indirecte Steuern gerade dem armen Mann am härtesten treffen, wenn sie sich auf notwendige Lebensmittel beziehen. Zu diesen kann man doch den Branntwein nicht zählen, und eine Vertheuerung dieses Genusses, wenn dadurch zugleich eine Verminderung desselben erzielt wird, ist gewiß auch vom sittlichen Standpunkte aus nur dringend zu empfehlen.“ So wird's gemacht. Da wo es gilt das letzte große Steuer-Werk zu verfertigen, wird zugegeben, daß die indirecten Steuern auf notwendige Lebensmittel den armen Mann am härtesten treffen. Wer aber kämpft denn für fortgesetzte Erhöhung der Kornzölle? In demselben „Landboten“ wird munter weiter agitiert für eine solche Erhöhung — obwohl er es weiß und ausdrücklich zugibt, daß diese „den armen Mann am härtesten treffen“. Man möge sich das merken!

* Die Frau Prinzessin Friedrich Carl ist in vergangener Nacht wieder in Berlin eingetroffen. Den übrigen Theil des Sommers wird sie mit ihrem Hofstaate, wie schon in früheren Jahren, wieder auf Jagdschloß Glienicke bei Potsdam zubringen.

* Gegen den früheren Reichstagsabg. Heine wendet sich das socialistische „Berliner Volksblatt“, indem es einen Artikel des „Nordd. Wochenblattes“ abdruckt, worin Hr. Heine angegriffen wird, weil er zur Reclame für sein Gutsgeschäft eine Reihe von Gutformen mit den Namen socialistischer Parteiführer belegt hat. Das Blatt nennt diese Reclame durch einfältigen Personencultus hervorgerufenen groben Unfug. Herr Heine soll nicht einmal die Einwilligung der betreffenden Herren zu seiner Reclame eingeholt haben. Es liegt also ein grober Mißbrauch ihrer Namen vor.

* [Die russischen Werthe.] Man telegraphirt dem „S. T.“ aus London: Ich erfahre von glaubwürdiger Seite, Lord Rothschild's Reise nach Deutschland stehe im Zusammenhange mit dem Bestreben, deutscherseits die russischen Bonds im Preise sinken zu machen. Rothschild hatte zwei Unterredungen mit dem Grafen Herbert Bismarck, zunächst in Königsberg bei Frankfurt und dann in Genua. Obgleich die deutsche Regierung jede offizielle Ausrufung dementiren kann, da die officiellen Journale sich direct an dem russischen Bondsstrecke nicht beteiligen, auch der Reichsfinanzler in seinen officiellen Noten diesen Punkt nicht berührt, so kann doch folgendes als Argument der Deutschlands-Gegensätze leitenden politischen Personen mitgetheilt werden: Deutschland führte schon seit Jahren eine russenfreundliche Politik, sogar manchmal so weit, daß ein anderer Staat hierüber mißgestimmt und mißtrauisch wurde. Dagegen zielen die russischen Bestrebungen auf allen Seiten entschieden auf eine Deutschland feindliche Richtung hin. Auslands Deficit wächst von Jahr zu Jahr und Auslands bedarf jedes Jahr neuer Anleihen. Die deutsche Politik kann angesichts jener russischen antideutschen Bestrebungen nicht ganz unthätig zusehen und will durch Hinwendung auf etwaige Gefahren für die Bondsbesitzer Auslands leitende politische Kreise darauf aufmerksam machen, daß die Verfolgung einer weiteren antideutschen Politik für Auslands ganz ernste ökonomische Folgen herbeiführen könnte. Diese Idee wurde bei den zwei vorbesprochenen Unterredungen ausgeführt, mit dem Hinweis, daß auch jene anderen Staaten, gegen welche Auslands Politik auf allen Seiten feindlich auftritt, ähnliche Argumente als für sie auch geltend anerkennen müßten. Lord Rothschild hatte seit seiner Rückkehr schon eine Unterredung mit Lord Salisbury und Hartington.

* Bei der Militär-Aufsichtersabtheilung sind neuerdings, wie das „Deutsche Tagebl.“ hört, Versuche im Gange, welche den Zweck haben, beträchtliche Dynamitmassen aus Ballons gegen feindliche

„Du hier?“ rief er; „Du hast Dein Verprechen gebrochen.“ „Wer ist diese Dame?“ wandte sich Lord Roß an ihn.

Guido sah von einem zum anderen. Er gedachte der Tautagen; es war vergebens, die Sache noch länger zu verhandeln.

„Es ist meine Frau“, antwortete er, „und das ist vernünftig mein Sohn.“

„Er ist es. Ich habe noch andere Beweise, aber — sind Sie mit diesen zufrieden, Mylord?“

„Ich bin damit zufrieden“, erwiderte Lord Roß.

„Dann bitte, unterzeichnen Sie dieses Papier“, wandte sich Emilie an ihren Gatten, nicht an Lord Roß.

„Du sollst nur bezeugen, daß Du mich unter dem angenommenen Namen Richard Johnson getraut hast.“ Es liegt mir daran, daß Du es in Gegenwart Deines Vaters und Deiner Schwester thust.“

„Wenn es weiter nichts ist“, versetzte Guido sorglos, „das will ich Dir bezeugen.“

Er las das Papier durch, unterzeichnete es und gab es ihr mit einer Verbeugung zurück. „Ich denke“, sagte er sodann, „wir halten uns auch in Zukunft von einander entfernt wie bisher; Du hast Dein Verprechen nicht gehalten; aber fürchte nichts, ich werde Dir nicht in den Weg treten.“

„Wollen Sie mir gefälligst die Urkunde geben, die ich unterzeichnen wollte?“ wandte sich Lord Roß an den Advocaten. Dann fügte er, zu seinem Sohne gewendet, hinzu: „Ich habe meinen Entschluß geändert; die Bestätigungen sollen in der Familie bleiben — Deines Sohnes wegen. Ich denke, weiter habe ich Dir nichts mehr zu sagen. Halt! Bleibe noch einen Augenblick. Du wirst in einigen Tagen Nachricht erhalten von dem, was ich noch für Dich thun kann. Es soll Dir etwas ausgesetzt werden unter der Bedingung, daß Du England verläßt und während meiner Lebensdauer nicht zurückkehrt. Was Deine Gläubiger betrifft, so werde ich sehen, wie viel ich jedes Jahr für sie zurücklegen kann, so lange ich lebe. Jetzt geh und laß mich vergessen, daß ich einen Sohn hatte.“

Der junge Mann drehte sich um und verließ das Zimmer, ohne ein Wort zu erwidern.

„Guido!“ rief Mathilde, seine Hand ergreifend; aber er schüttelte sie mit einer ärgerlichen Geste

Bestätigungen zu schleudern. Sobald der Ballon sich über der anzugreifenden Befestigung befand, sollen mehrere Centner Dynamit mittelst einer elektrischen Vorrichtung auf dieselbe fallen gelassen werden. Zur Ermittlung, ob man sich gerade über dem Befestigungswerk befindet, ist eine Nöhre im Fuß des Ballons angebracht, welche die erforderliche Beobachtung vorzunehmen gestattet. Die Dynamitmasse muß die Kraft haben, mehrere Meter Gewölbbedeckung und die darüber befindlichen bedenden Schichten zu durchschlagen.

* Zu den Kirchenposänen der Gemeinde Horta, über welche wir neulich berichteten, wird dem „S. T.“ ein Seitenstück aus Braunschweig mitgetheilt, welches sich dort vor einiger Zeit ereignet hat. Ein in allgemeiner Achtung stehender Mann war unter dem Geräusche der Kirchenglocken beerdigt worden. Bald aber stellte sich heraus, daß er in Folge Selbstmordes gestorben habe, und nun entstand bei den beunruhigten Gemeindegliedern die Frage, wie die „entweihten“ Kirchenglocken wieder in den früheren Zustand der Reinheit gebracht werden könnten. Man rief hin und her und verfiel, nachdem die Familie des Verstorbenen ein hübsches Stück „Ablassgeld“ zur Kirchensasse gezahlt hatte, auf den Ausweg, die Kirchenglocken ohne sonstigen Anlaß tüchtig „ausläuten“ zu lassen. Man nannte diese Prozedur das „Zurückläuten“.

* Von den im Münsterlande früher ansässigen katholischen Ordensgesellschaften haben, so wird geschrieben, bis jetzt die Franziskaner, Kapuziner und die Schwestern von der göttlichen Vorlesung beim Cultusminister die Erlaubnis zur Wiedereröffnung ihrer dortigen Niederlassungen nachgesucht. Den genannten Schwestern ist von mehreren Stadtgemeinden die Leitung von Waisenhäusern und Kleinkinderbewahrschulen angetragen worden.

* In Paderborn starb am 15. Juli ein Veteran der dortigen freisinnigen Partei, der Mitbegründer und langjährige Vorsitzende des Turnvereins, Stadthalter Bernhard Seumer im Alter von 80 Jahren. Noch bei der letzten Reichstagswahl hat er dem freisinnigen Wahlverein dort vorgestanden. Die freisinnige Partei verlor in ihm einen treuen Kämpfer, deren Zahl er trotz der verschiedenen Zeitverdrängungen, die er erlebt, unerwartet treu geblieben ist.

Libeck, 19. Juli. Der Senat hat dem Bürgerausschuß ein Vereinsgesetz vorgelegt. Libeck ist der einzige Staat in Deutschland, der bisher ein solches Gesetz nicht hatte.

Nordhausen, 19. Juli. Der Generalleutnant zur Disposition v. Hanstein ist auf Rothenbach im 79. Jahre gestorben.

* In Mainz fand nach einem Telegramm der „Fr. Rtg.“ eine große Hausdurchsuchung bei lothringischen Soldaten statt, die verdächtig erscheinen, mit der Patriotenliga in Verbindung gestanden zu haben. Man sucht nach Confectionen und Verhaftungen. Die Sache wird möglichst geheim gehalten.

München, 18. Juli. Der Prinzregent wird am 3. August die Residenz verlassen, um zunächst in die Jagdreviere Vorder- und Hinteritz zu gehen; diese — sehr gut mit Wild, besonders Edelwild besetzten — Jagdgründe waren der Lieblingsaufenthalt des Königs Maximilian II. und wurden seit dessen Tod nie mehr von Angehörigen des königlichen Hauses besucht. Von dort geht die Reise nach Lindehof und Hohenwangau zur Besichtigung der dortigen Schlösser, in welchen aber nicht Wohnung genommen wird, und dann nach Hinderlang, wo die Fürstin auf Edelwild und Gänse getrieben wird. Am 30. August wird der Prinz wieder hier eintreffen.

Österreich-Ungarn.

* [Das Schriftstellerhonorar einer Kronprinzessin.] Für das große, bekanntlich unter der Redaction des Kronprinzen Rudolph von Oesterreich erscheinende Werk „Die österrösch-ungarische Monarchie in Wort und Bild“ hatte die Gemahlin des Redacteurs, die Kronprinzessin Stephanie, einige kleine Beiträge geliefert. Das Redactions-Comité beschloß darauf nach dem „Berl. Tagebl.“, der seltenen Mitarbeiterin das übliche Honorar, wie jedem anderen Schriftsteller, zuerkennen. Wie aber honorirt man eine Kronprinzessin? Das Comité hat einen sehr hübschen Ausweg gefunden. Auf Antrag des Regierungsrathes v. Weilen wurde derselben ihr Honorar in Form eines Sparcassenbuches, auf den Namen ihres Tochterleins, der kleinen Erzherzogin Elisabeth, lautend, übermittleit. Die Kronprinzessin hat das Honorar sehr freundlich und auf das angenehmste überlassen entgegengenommen und versprochen, ihr erstes „verdienendes“ Geld für ihre Tochter in gewissenhafter Verwahrung zu halten.

Frankreich.

Paris, 19. Juli. Senat. General Campenon theilte mit, daß die Militärcommission die Vorlage betreffend die verfassungsmäßige Mobilisirung eines Armee-corps genehmigt, jedoch beschloß, die Vorlage der Finanzcommission zu überweisen. — Die Deputirtenkammer verwarf mit 237 gegen

ab. Er hatte nicht ein einziges freundliches Wort des Abschiedes für sie, die alles für ihn geopfert hatte. Sie sank in einen Stuhl und vergab ihr Gesicht in die Hände.

„Sie sind also meine liebe Schwiegertochter“, sagte Lord Roß, indem er Emilien's Hand ergriß und an seine Lippen führte. „Sie werden in diesem Hause stets willkommen sein.“

„Ich danke Ihnen, Mylord. Mein Geheimniß soll auch ferner bewahrt werden; ich werde Ihren Namen nicht auf die Bühne bringen, mir aber auch fernerhin mein Brod verdienen. Was den Knaben betrifft, so mögen Sie über ihn entscheiden, wenn er älter sein wird. Komm', mein Kind, lässe Deinen Großvater.“

„Sie hielt das Kind in die Höhe um es küssen zu lassen.“

„Nun will ich gehen. Weinen Sie nicht um Ihren Bruder“, wandte sie sich an Mathilde.

„Er ist nicht einer einzigen Thräne werth. Ich habe nicht um ihn geweint in den ganzen fünf oder sechs Jahren.“

Aber Mathilde gab kein Zeichen, und so ging Emilie fort, den Knaben mit sich führend.

Guido hat Niemand wiedergegeben, Niemand weiß, was aus ihm geworden ist. Er wird seine Heimath da aufschlagen, wo er Hüffel, Karren und Mulettschritte finden wird, so viel ist gewiß. Und auch das ist gewiß, daß er schneller oder langsamer immer tiefer sinken wird, bis zuletzt auch das Aeußere des Gentleman verloren ist. Wenn man an ihn und seine Zukunft denkt, so fallen einem Gedächtnis ein von mexikanischen Spielhöllen, einem Schuß, der quer über den Tisch gefeuert wird, und einem auf die Straße hinausgeworfenen Leichnam. Oder man erinnert sich schauerlicher Geschichten, die man gehört hat, von Leuten, die unter Dämonen und Schwindler fielen und gemeinsame Sache mit ihnen machten, und die dann ihre Anführer wurden dank ihrer Erziehung und ihrer Manieren. Oder man stellt sich einen Menschen vor, der seinen letzten Heller verloren hat, und der nun am Rande des kalten Flusses steht und gedankenvoll hineinblickt.

Früher oder später; aber das Ende eines solchen Menschen ist gewiß.

(Schluß folgt.)

208 Stimmen die Vorlage, betreffend die Erlaubnis zur Legung eines Kabels nach den Antillen und Guyana. (W. T.)

England.

London, 20. Juli. Das Unterhaus hat die Vorlage betreffend die Förderung der Errichtung technischer Schulen in erster Lesung angenommen. Bei der Einbringung der Vorlage wurde von H. D. Dyer auf die Wichtigkeit der Herstellung eines besseren technischen Unterrichts hingewiesen, welcher anderen Nationen ermächtigt habe, England in mehreren Zweigen der Industrie zu überflügeln. (W. T.)

Amerika.

Newyork, 8. Juli. Die Mormonen, welche sich seit der Infratragung des letzten Antipolygamiegesetzes ziemlich passiv verhalten hatten, haben, so schreibt die „N. Y. H. Z.“, in den letzten Wochen wiederum die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Dieselben haben nämlich in den letzten Tagen in Salt Lake City eine Convention abgehalten, in welcher eine Staatsverfassung entworfen wurde, auf welche gestützt sie den Congreß um Aufnahme des Territoriums Utah in den Staatenverband der Union ersuchen wollen. Seiner Bevölkerungszahl sowie seinen sehr entwickelten natürlichen Hilfsquellen zufolge wäre das Territorium zur Zulassung als Staat berechtigt, insofern kann es dazu nie kommen, solange die große Mehrzahl der Bevölkerung der Vielweiberei huldigt. Um dieses letztere Hinderniß aus dem Wege zu räumen, haben die schlaue Hellenen am Salze in die von ihnen soeben entworfene Staatsverfassung einen Paragraphen aufgenommen, in welchem erklärt wird, daß Bigamie und Polygamie mit einer republikanischen Regierungsform unvereinbar seien und deshalb für Verbrechen erklärt werden. Dieser Kniff wird den Mormonen nichts helfen. Wer garantirt dafür, daß die Anhänger der Vielweiberei, sowie Utah ein Staat geworden, diesen Paragraphen betreffs Verbots der Polygamie befolgen werden. Der Bundes Constitution zufolge kann jeder einzelne Staat seine Ehegesetze regeln, wie er will, und im State Utah könnte der Congreß nicht gegen die Vielweiberei einschreiten. Das Erste, was die Mormonen thun würden, wenn der Congreß ihr Genuß gewährte, würde sein, daß die Polygamie gesetzlich für erlaubt erklärt werden würde, und da man das in Washington sehr gut weiß, wird Utah vorläufig noch Territorium bleiben, und zwar wahrscheinlich so lange, bis es der Bundesregierung gelungen, mittelst des Tucker-Edmund-Gesetzes die Mormonen-Hierarchie zu vernichten.

Telegraphischer Specialdienst

der Danziger Zeitung.

Bad Gastein, 20. Juli. Der Kaiser nahm heute früh 8 Uhr das erste Bad und machte um 10 Uhr eine Spazierfahrt nach Böckstein.

Berlin, 20. Juli. Der hiesige russische Botschafter Schwalow ist wieder hierher zurückgekehrt.

Die Begegnung des Kaisers Franz Josef mit Kaiser Wilhelm, gelegentlich der Gasteiner Badefahrt, gilt als zweifellos. Ob dieselbe in Gastein oder Salzburg oder sonstwo stattfindet, ist noch nicht bestimmt und von den Wünschen des Kaisers Wilhelm abhängig gemacht.

Dem Innungsverband „Bund deutscher Tischlermeister“ sind die Corporationsrechte verliehen worden.

Seitens der Reichsbank wird eine Aufstellung der lombardirten russischen Werthe angefertigt werden.

Hamburg, 20. Juli. Der bekannte Schiffs-maler August Volten ist gestorben.

Juda, 20. Juli. Die Conferenz der preussischen Bischöfe findet am 10. August in Juda, nicht in Köln statt.

Wien, 20. Juli. Dem „Fremdenblatt“ zufolge könne schon heute als ausgemacht gelten, daß der Versuch der bulgarischen Deputation, den Coburger zur Abreise nach Bulgarien zu bewegen, an den bekannten bestimmtesten Erklärungen des Prinzen gescheitert sei.

Kopenhagen, 20. Juli. Die Taufe des Sohnes des Prinzen Waldemar fand heute im königl. Schloß statt. Taufzeugen waren: das dänische Königs-paar und das russische Kaiserpaar.

Paris, 20. Juli. [Senat.] Der Bericht der Finanzcommission über die Vorlage, betreffend die verfassungsmäßige Mobilisirung eines Armee-corps, sagt, wenn die Commission nur die finanzielle Frage in Betracht zöge, würde sie die Vorlage ablehnen. Da die Ansicht der Militärcommission über die Vorlage aber eine günstige, wolle die Commission nicht gegen Annahme derselben sein. Die Beratung wird morgen festgesetzt.

Die Deputirtenkammer beriet heute die Frage betreffend Verlegung einer Stadtbahn in Paris.

Dem hiesigen päpstlichen Nuntius ging ein an die Nuntien gerichtetes Rundschreiben Rom-pollas zu, welches die in der Presse und dem italienischen Parlament gefallenen Aeußerungen richtig stellt. Die Anerkennung der Auerichte des Papstes auf Rom werde als Bedingung der Versöhnung mit Italien ausdrücklich beansprucht. Die Eigentumsrechte des Papstes als weltlichen Herrschers könnten durch aus vorgeblichen nationalen Rechten genommene Argumente nicht einmal angegriffen, noch viel weniger zerstört werden. Die Unabhängigkeit des heiligen Stuhles könnte nur gefährdet werden, wenn ihm die weltliche Garantie der territorialen Souveränität gegeben würde. Der Papst, welcher, obgleich Souverän, doch des souveränen Befehrs entkleidet sei, würde nur eine relative Unabhängigkeit genießen. Dieselbe würde immer verletzlich, illusorisch sein. Der Papst würde seine geistliche Macht nicht so ausüben können, daß dieselbe gegen jede Einmischung und gegen jeden materiellen und moralischen Druck geschützt wäre. Zum Schluß weist das Rundschreiben darauf hin, daß die italienischen Minister durch die Erklärungen im Parlament, Italien fühle durchaus kein Bedürfnis der Annäherung mit dem Papste, mit den in Italien herrschenden Anschauungen im Widerspruch ständen. Wenn trotz alledem die italienische Regierung die väterliche Einladung des Papstes nicht annehme, würde die Verantwortlichkeit für diese Weigerung ganz auf die italienische Regierung zurückfallen.

Nancy, 20. Juli. Der Attentäter Zangerle, welcher gestern den Polizeicommissar Ritter in Nancy verwundete, wurde in das hiesige Gefängnis gebracht. Zangerle gab bei den bisherigen Vernehmungen an, er habe Mache nehmen wollen, weil er wegen eines Attentats auf seine Frau, die mit einem Anderen zusammenlebe, zu dreijähriger Gefängnis verurtheilt und aus Paris ausgewiesen worden sei. Man hält den Gefängniszustand Zangerles für geküht. Eine ärztliche Untersuchung desselben ist wahrscheinlich.

London, 20. Juli. In einer gestrigen Versammlung der conservativen Mitglieder des Parlaments theilte Lord Salisbury mit, die Regierung habe beschlossen, um den liberalen Unionisten

entgegenzukommen, in der irischen Bodengesetz bill Zugeständnisse zu machen, welche den Wegfall der Bankrotteclausel und die provisorische Revision der gerichtlich festgesetzten Bausätze umfassen sollen.

Petersburg, 20. Juli. Die Discontoant hat mit der Pariser Firma Rothschild behufs Verlegung des russischen Finanzmarktes von Berlin nach Paris Verhandlungen angeknüpft.

Newyork, 20. Juli. Ein Getreidebesitzer bei Minnapolis, der größte in den Nordweststaaten, mit 59.000 Bushels Weizen ist abgebrannt. Der Schaden wird auf mehr als eine Million Dollars veranschlagt.

Montevideo, 20. Juli. Der Minister des Auswärtigen hat demissionirt, Delfonso Garcia Lagos ist zu seinem Nachfolger ernannt worden.

Danzig, 21. Juli.

* [Zur Sonnenfinsternis.] Damit den Schülern der höheren Lehranstalten die am 19. f. M. bevorstehende Sonnenfinsternis gehörig erläutert werde, hat der Unterrichtsmittler eine Anzahl Exemplare der von dem Dr. Zentner verfaßten Schrift ankaufen und den Provinzial-Schulcollegien überweisen lassen, welche letztere jeder höheren Lehranstalt schenkt ein Exemplar ausstellen haben.

* [Ehrenscheidungen der Stadt Danzig.] Im Interesse des jetzigen Fremdenverkehrs theilen wir nachstehend die Besichtigungszeit und Eintrittspreise mit: Stadt-Museum (Fleischergasse): Unentgeltlich; An Sonn- und Feiertagen, im Sommerhalbjahr auch Mittwochs, während der Mittagsstunden von 11 bis 2 Uhr. Gegen Eintrittsgeld (für je 1—6 Personen 1,50 M.): Alle Werktage, excl. Sonnabend, von 10 bis 3 Uhr Mittags, im Sommerhalbjahr bis 5 Uhr. Die Billets sind zu lösen bei Julius Sauer (Fleischerg. 69). St. Marien-Kirche: Alle Tage von 8 Uhr Morgens bis zum Dunkelwerden, d. h. im Sommer bis 8 Uhr Abends, excl. der Zeiten, in welchen Andacht abgehalten wird. Eintrittspreis: 1 Person 0,50 M., 6 Personen 2 M., 12 Personen 3,50 M. Für das Besitzen des Thurmes sind pro Person noch extra 0,25 M. zu zahlen. Billets sind zu haben bei: Badermeister Ludwig (Kortens-madengasse 3), Kirchendiener Schäfer (Pfarrhof 4), Bornfeld und Solewski (Fopengasse 40/41).

Kaiserliche Werk: Von 7 Uhr Morgens bis 12 Uhr Vormittags und von 1½ Uhr bis 6½ Uhr Nachmittags. Eintrittspreis pro Person 0,50 M. Schülern, wissenschaftlichen Vereinen u. dgl. wird mit Genehmigung des Ober-Werk-Directors die Besichtigung unentgeltlich gestattet. Die Erlaubnis zur Besichtigung ist stets vom Adjutanten des Ober-Werk-Directors einzuholen.

Vandenhans (Neugarten): Zu jeder Tageszeit. Unentgeltlich. Meldungen sind zu richten an den dortigen Kassellan.

Ober-Präsidialgebäude (Neugarten): Nur mit Genehmigung des Herrn Ober-Präsidenten.

Rathhaus (Kangasse): Alle Werktage von 8 bis 1 Uhr Vormittags und von 3 bis 6 Uhr Nachmittags, excl. der Stagesstage (gewöhnlich Donnerstags zwischen 10 und 1 Uhr Mittags). Unentgeltlich. Meldungen sind zu richten an den Botenmeister.

Artushof (Ranger Markt): Alle Tage von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags. Unentgeltlich. Meldungen sind zu richten an den Kassellan dalehst.

Westpreussisches Provinzial-Museum (Grünes Thor): Für Hiesige: Alle Sonntage von 11 bis 2 Uhr Mittags und alle Mittwochs von 2 bis 5 Uhr Nachmittags. Für Fremde: Zu jeder Tageszeit nach vorhergegangener Anmeldung. (Unentgeltlich) Meldungen zur Besichtigung werden von dem Director Dr. Connewitz dalehst entgegen genommen.

* [Gonade auf dem Bahnhofsplatz.] Gestern Nachmittag wurde auf dem Hohenthor-Bahnhof durch den 1. Uhr 51 Min. nach Poppot abgehenden Lokzug ein Pudel überfahren. Wie ein Pudel am Bahnhofe angezeigt, bezieht die Verordnung, daß Hunde nur an der Leine geführt auf dem Bahnhofe gebracht werden dürfen.

* [Wochen-Nachweis der Bevölkerungsvorgänge vom 10. Juli bis 16. Juli 1887.] Lebend geboren in der Berichts-Woche 44 männliche, 31 weibliche, zusammen 75 Kinder. Todtgeborene 1 männliche, 2 weibliche, zusammen 3 Kinder. Gestorben 44 männliche, 30 weibliche, zusammen 74 Personen, darunter Kinder im Alter von 0—1 Jahr: 15 ehelich, 7 außerehelich geboren. Todesursachen: Wahren und Kribeln 4, Scharlach 3, Diphtherie und Croup 3, Unterleibstypus incl. gastrisches und Nervenleiden 1, Flecktyphus 3, Brechruhrfall aller Altersklassen 9, darunter von Kindern bis zu 1 Jahr 8, Lungenentzündung 5, acute Erkrankungen der Athmungsorgane 2, alle übrigen Krankheiten 40. Gewaltsamer Tod: Verunglückung oder nicht näher festgestellte gewaltsame Einwirkung 4.

* [Fleissan, 20. Juli.] In der gestrigen Generalversammlung der Zuckersabrik Fleissan wurde auf Vorschlag des Aufsichtsrathes die Zahlung einer Dividende von 3% = 20 M. pro Actie beschlossen. Wiedergeburt wurde Director Krupp als Mitglied der Direction; in den Aufsichtsrath wurde für Klinge-Varent G. Kahlbus-Kunendorff und als stellvertretendes Aufsichtsrathsmitglied Rentier Alfs-Dirichau gewählt.

* [Reutich, 20. Juli.] In Bröske erkrankte sich am Montag ein Dienstmädchen aus verheirateter Liebe in einem Teiche. — In Lindenu verunglückte gestern der ermordete Sohn des Wälbensbergers Lange, indem er vom Pferde in einen Graben stürzte und an den erhaltenen Verletzungen starb.

* Das Jahr 1887 ist für sehr viele Schulen in Litanen das der 150jährigen Jubelfeier ihres Bestehens. Viele von ihnen werden das Jubiläum in festlicher Weise begehen. Bei dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I. befand sich das ganze preussische Volksschulwesen in tiefem Verfall, besonders in den litauischen Districten, welche schon ohnedies hinsichtlich der Cultur gegen den Westen bedeutend zurückstanden. Der schwedisch-polnische Krieg von 1655 bis 1660 hatte in den litauischen Landestheilen furchtbar gewüthet. Der schwedisch-brandenburgische Krieg von 1675—1679 hatte die kaum vernarbten Wunden angriffen, die weithin um sich greifende Pest 1709 und 1710 hatte Ostpreußen furchtbar verheert. Friedrich Wilhelm I. bereitete wiederholt Ostpreußen und Land, das das Landvolk, in einem höchst deplorablen Zustande in Anbetracht alles Wissens und alles Thuns sich befand. Schulen fand man nur in den Städten und Kirchdörfern. Wollten die Kinder eine Schule besuchen, so mußten sie einen Weg von 4 bis 5 Meilen zurücklegen. Das Viehhüten, die schlechten Wege und ankündende Krankheiten, die damals wütheten, machten den Schulbesuch oft ganz unmöglich. Ein regelmäßiger Schulbesuch kam überhaupt nicht zu Stande. Zu einem einzigen Kirchspiele gehörten oft bis 100 Dörfer; mancher Kirchenscheuch hatte einen Weg von 3 bis 5 Meilen zurückzulegen und „doch kamen viele.“ Nach einer Verfügung des Königs aus Königsberg (1712) hatte jede Dorfschaft einen Knaben, größere zwei, im Winter zur Schule zu schicken, um zu lernen und dem Schullehrer in der Kirche und bei Leichenbegängnissen behilflich zu sein, auch um mit Leuten in der Noth in häuslichen zu beten und zu singen. Durch solche und andere Umstände, z. B. daß die Mütter bei Kindtaufen, Hochzeiten u. s. w. aus einem großen Umkreise des Schullehrers oft überboten wurde u. s. w., wurden selbst die Behörden in Betreff der Forderungen des Schulbesuchs laß. Friedrich Wilhelm I. beschloß nun gen und viele Ostpreußen, ließ sich wahrheitsgetreue Berichte erstatten, prüfte selbst die Lage des Landes, besuchte die Anstalten, Pfarrer u. s. w., ließ sich über den Stand der Schulen erzählen, sah selbst und hörte selbst. Im Jahre 1718 beauftragte der König, mit zusammengefügten Kräften doch endlich der Unwissenheit abzuhelfen, die Leute zur Erkenntnis Gottes zu bringen, Kirchen und Schulen zu erbauen und einzurichten, auch solche mit tüchtigen Pfarrern und Schullehrern ohne Anstand zu besetzen.“

Bis zur Einwanderung der Sächsischen 1732 waren — wie die „Lit.- und Westpreuss. Zeitschrift“ berichtet — nur 19 Schulen gegründet. In den Jahren von 1732 bis 1738 hat der König in Litanen allein gegen 900 Schulen gegründet.

Freie Plätze und Parks in Berlin.

Zu der unter diesem Rubrum in Nr. 16 550 vom 12. Juli nach der „Dresl. Ztg.“ veröffentlichten

in Dmög.